

Bundestagswahl 26.09.2021

Synopse

Wahlprogramme der Parteien –
Zentrale ver.di-Themen aus Arbeitnehmer*innensicht

Teil 3 von 5: Sozial-ökologischer Umbau

Verantwortlich

ver.di-Bundesverwaltung, Ressort Vorsitzender

Bearbeitung: Leiter Politisches Verbindungsbüro, Markus Fuß (markus.fuss@verdi.de)





Arbeit der Zukunft

Moderner Sozialstaat







Sozial-ökologischer Umbau

- Klimapolitik/Energiewende • Mobilität







Staatsschulden und eine gerechte Steuerpolitik

Die Demokratie stärken und den Frieden bewahren









					
Klimapolitik	Klimapolitik	Klimapolitik	Klimapolitik	Klimapolitik	Klimapolitik
<p>Die Pariser Klimaziele können nur erreicht werden, wenn die EU im Rahmen des Europäischen Green Deal ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent senkt. Dafür brauchen wir einen sozial-ökologischen Umbau (Transformation) unserer Gesellschaft.</p> <p>Ein ökologisches Preissystem – Ökosteuern und CO₂-Bepreisung – kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ein langsam und kontinuierlich steigender CO₂-Preis – CO₂-Steuer auf Brennstoffe – würde Unternehmen und Verbrauchern Planungssicherheit geben. Die Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs – z.B. durch höhere Strom-, Öl-, Gas-, und Benzinpreise – darf aber Normal- und Geringverdienenden nicht stärker belasten. Die erzielten Einnahmen sollten in großen Teilen in Form einer sozial gestaffelten Klimakopfprämie an die Haushalte zurückfließen.</p> <p>Eine ökologische Energiewende erfordert den massi-</p>	<p>Deutschland als klimaneutrales Industrieland bis 2045</p> <p>Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 umsetzen, bis 2030 um 65 Prozent (zu 1990), 2040 88 Prozent</p> <p>Emissionshandel</p> <p>marktwirtschaftliche Instrumente als Leitmotiv</p> <p>gezielte Instrumente für Wohnen und Mobilität, auch im Luftverkehr, bei Wärme und im Schiffsverkehr einbeziehen</p> <p>Europäischer Emissionshandel mit einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit</p> <p>CO₂-Preis aufwachsend straffen, Einnahmen den Bürgern und Betrieben zurückgeben, Abschaffung der EEG-Umlage, Verbilligung von Strom, bessere steuerliche Absetzbarkeit von CO₂-Reduktion (Klimaeffizienzreform)</p> <p>Carbon-Leakage-Schutz, höhere internationale Standards, angepasste Preise, WTO-konformer</p>	<p>Klimaneutrales Deutschland</p> <p>Minderungsziel für 2030 bei 65%, 2040 bei 88%, bis 2045 treibhausgas-neutral</p> <p>dabei Sicherung von Arbeitsplätzen der Zukunft und soziale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte</p> <p>Ausbau der erneuerbaren Energien in allen Sektoren, Tempo beim Ausbau von Infrastrukturen (hier: auch Energiegenossenschaften)</p> <p>Zukunftspakt mit Bund, Ländern, Kommunen: verlässliche Unterstützung (Strukturhilfen, strategische Energiepartnerschaften)</p> <p>Energieeffizienz erhöhen, EEG-Umlage bis 2025 abschaffen, stattdessen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung (mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen, etwa Pro-Kopf-Bonus), bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme versorgen, gesetzlich regeln, dass Vermieter*innen CO₂-Preis tragen (Warmmieten-Neutralität und Investitionsstrategie)</p>	<p>Klimaschutz sozial gerecht – sozialökologischer Systemwechsel</p> <p>Energiewende beschleunigen, Kohleausstieg bis 2030 (40 Milliarden für die Übergänge in den Tagebauregionen), Ausstieg auch aus der Verbrennung von fossilem Erdgas (Erdgasausstiegsgesetz), Klimaneutralität bis 2035, bis 2030 Emissionen um min. 80% senken, gegen Emissionshandel, Umwelt- und Klimaschutz in die Grundrechte in der Verfassung aufnehmen</p> <p>Sofortprogramm für Investitionen, das Soziale im Besonderen in den Blick nehmen – neues Wohlstands- und Produktionsmodell</p> <p>Um Klimaziele zu erreichen, auf Erneuerbare Energien setzen und Begrenzung des absoluten Verbrauchs</p> <p>Energieversorgung am Gemeinwohl ausrichten: große Energiekonzerne entmachten, Strom und Wärme in öffentliche Hand überführen, Strompreise stärker kontrollieren, Erneuerbare-Energien-Gesetz auch für Kleinbetrei-</p>	<p>Lebensgrundlagen schützen – klimagerechten Wohlstand schaffen</p> <p>Pariser Klimaabkommen im Mittelpunkt, das Handeln aller Ministerien darauf ausrichten</p> <p>Klimaschutz-Sofort-Programm:</p> <p>das in allen Sektoren sofort wirksame Maßnahmen anstößt und für die nächsten Jahre sektorenscharf ausbuchstabiert,</p> <p>Klimaziel 2030 auf 70 Prozent anheben, 100 Prozent Erneuerbare bis 2035 erreichen</p> <p>CO₂-Bepreisung als ein Instrument von vielen – wir werden es „wirksam und sozial gerecht“ einsetzen: geben es als Energiegeld an die Menschen zurück, Einrichtung eines Klimabonus-Fonds etwa für Pendler*innen mit niedrigem Einkommen, keine Anrechnung auf Grundsicherung</p> <p>CO₂-Bremse ins Grundgesetz und Querschnittsaufgabe</p>	<p>Klima- und Umweltschutz durch Innovation</p> <p>Emissionshandel auf alle Emissionen ausweiten: auf alle Sektoren und geographisch,</p> <p>Bekanntnis zum Pariser Klimaabkommen, Emissionshandelssystem</p> <p>Einheitlichen CO₂-Preis und „Carbon Leakage“ verhindern,</p> <p>Energiebesteuerung absenken, EEG-Umlage abschaffen, Stromsteuer auf dem möglichst niedrigsten EU-Satz absenken und so schnell als möglich abschaffen,</p> <p>Klimadividende als Rückzahlung an Bürger gewährleisten, alternative Kraftstoffe: Zertifizierung vereinfachen;</p> <p>keine gesetzlichen Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatliche Abnahmepreise</p> <p>Stresstests für Versorgungssicherheit,</p> <p>Tempo beim Wasserstoff – europäische Wasserstoffunion, digitale Energiewende</p>







					
<p>ven Ausbau der erneuerbaren Energien. Durch mehr Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Solaranlagenzwang auf allen geeigneten Dächern, weitere Flächen für Windkraftanlagen, einen Aus- und Umbau der Stromnetze sowie mehr Strom- und Wärmespeichern kann der Ausbau vorangetrieben werden. Gleichzeitig muss die Kraft-Wärme-Kopplung gefördert werden, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Die bestehenden Kohlekraftwerke sind auf Erdgas und perspektivisch auf grünen Wasserstoff umzustellen. In der kommunalen Ver- und Entsorgung muss Wasserstoff zukünftig eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus sollten die privaten und öffentlichen Gebäude energetisch saniert werden.</p> <p>Die industrielle Produktion muss umwelt- und klimafreundlicher werden. Staatliche Normen, Quoten und Grenzwerte sollten der Produktion klimafreundliche Vorgaben machen. Eine CO2-Grenzsteuer könnte dabei hilfreich sein.</p> <p>Ziel muss ein verringertes</p>	<p>CO₂-Grenzausgleich, Carbon Contracts für Difference stärken</p> <p>CO₂-Bilanz von Produkten ausweisen</p> <p>CO₂-Speicherung ausbauen</p> <p>Clean-Tech-Forschung fördern.</p> <p>Erneuerbare Energien im Rahmen eines Energiemixes ausbauen</p> <p>Energieeffizienz fördern (u.a. KfW-Programme, Gebäudesanierung)</p> <p>Wasserstoffausbau fördern</p>	<p>Langfristig angelegte Industriestrategie in Verbindung mit dem European Green Deal:</p> <p>Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse (direkte staatliche Investitionsförderung),</p> <p>Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen,</p> <p>Staat als klimaneutraler Beschaffer (z.B. im Straßenbau),</p> <p>Verlagerung von Produktion und Emissionen ins Ausland unattraktiv machen,</p> <p>wettbewerbsfähiger Industriestrompreis,</p> <p>Transformationsziele für Schlüsselindustrien entwickeln und fördern,</p> <p>Deutschland als Leitmarkt für Wasserstofftechnologie bis 2030 (Stahl, PKWs, LKWs, Schiff- und Flugverkehr)</p>	<p>ber und Kommunen rentabel machen, bis 2030 100 000 neue Arbeitsplätze im Energiesektor, Energiearmut vermeiden</p> <p>Unternehmen der Daseinsvorsorge in öffentliche Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen</p> <p>Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze mit einem Industrietransformationsfonds und Transformationsräten; Arbeitszeitverkürzung und Zeitwohlstand schaffen 2 Millionen neue Arbeitsplätze, 20 Milliarden Euro im Jahr für den Umbau im Besonderen der Autozulieferindustrie, der Stahl- und Grundstoffindustrie (grüner Wasserstoff)</p> <p>CO₂-Grenzausgleichmechanismus, der den Import CO₂-intensiver Produkte bepreist</p>	<p>Transformationsfonds für die Regionen unter Einbindung regionaler Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften</p> <p>Energierévolution:</p> <p>Massive Ausbauoffensive für Erneuerbare, dafür Hemmnisse beseitigen und jährlichen Zubau von Wind an Land und auf See, Solar; umfassende Steuer- und Abgabenreform um Sektorenkopplung zu steuern</p> <p>Ordnungsrechtliche Vorgaben für Energieeffizienz und Strompreisvergünstigungen für Unternehmen im int. Wettbewerb;</p> <p>ehrgeizige Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards</p> <p>Kohleausstieg bis 2030 (statt 2038) vollenden</p> <p>1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden 4 Jahren und Photovoltaik auf dem Land ausbauen</p> <p>Windausbau beschleunigen</p> <p>Betriebsgenehmigungen für Gas- und Kohlekraftwerke</p>	









					
<p>Verbrauch von Ressourcen und ein hoher Grad an Kreislaufwirtschaft sein. Die öffentliche Beschaffung muss sich stärker an Umweltkriterien ausrichten.</p> <p>Die ökologische Frage ist auch eine Verteilungsfrage. Oftmals verbrauchen wohlhabende Topverdiener mehr Energie und erzeugen mehr CO₂ als Normal- oder Geringverdienende und sozial Benachteiligte. Sie hinterlassen einen größeren ökologischen Fußabdruck, und daran muss sich auch die Kostenverteilung der sozial-ökologischen Transformation orientieren.</p>				<p>zeitlich befristeten; Erdgasförderung und -transport reduzieren</p> <p>Grüner Wasserstoff aus Erneuerbaren: Führungsrolle ausbauen und Infrastruktur schaffen</p> <p>Grundlegende Reform des Energierechts (EEG): von einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument umbauen, EEG-Umlage auslaufen lassen</p> <p>Netzausbau: staatliche Anteile der vier Übertragungsnetzbetreiber in eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen</p> <p>Sanierungsoffensive Gebäude</p> <p>Wärmewende</p> <p>Atomausstieg vollenden</p>	
<p>Mobilität</p> <p>Die Auswirkungen des Klimawandels sind allgegenwärtig und machen die Dringlichkeit zum Handeln offensichtlich. Gerade im Verkehrssektor ist es bislang nicht gelungen, die CO₂-Emissionen zu senken.</p> <p>Für den Ausbau des ÖPNV-Angebots (Verdoppelung bis</p>	<p>Mobilität</p> <p>Schiene und ÖPNV ausbauen, Deutschlandpakt stärken, in Infrastrukturausbau investieren, Schienengüterverkehr ausbauen.</p> <p>Automobil Deutschland soll Autos produzieren, mit allen Antriebsformen, Fahrplan für Ausstieg aus Verbrennern vorlegen – unter Berücksich-</p>	<p>Mobilität</p> <p>Mobilitätsgarantie: wohnortnaher öffentlicher Verkehrsanschluss für jede/n, Modelle 365-Euro-Tickets u.a.</p> <p>Mobilitätsplan 2030: ÖPNV und Schienenverkehr erneuern, ausbauen, klimaneutral bis 2030, Vision Zero (Fußgänger*innen,</p>	<p>Mobilität</p> <p>Bus und Bahn/ÖPNV ausbauen – Zahl der Nutzer bis 2030 verdoppeln, mehr Geld vom Bund, Mobilitätsgarantie, 365-Euro-Jahresticket im Nahverkehr und schrittweise kostenlos, 200 000 zusätzliche Beschäftigte, bedarfsgedeckte Finanzierung der Bahn, alle Privatisierungen und Ausgliederungen usw.</p>	<p>Mobilität</p> <p>Bundesmobilitätsgesetz neue Grundlage für Verkehrspolitik und -gesetzgebung, Beschleunigung in der Umsetzung, Balance zwischen Auto, ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger*innen, mit einer Ausbildungs- und Forschungsoffensive begleiten</p>	<p>Mobilität</p> <p>Nur mit technologischen Innovationen, einem funktionierenden Emissionshandel, moderner Infrastruktur und einer technologieoffenen Verkehrspolitik kann sichere, saubere und bezahlbare Mobilität für alle gewährleistet werden.</p>






					
<p>2030) und das entsprechende Personal braucht es bis 2030 etwa 10 bis 12 Milliarden Euro pro Jahr. Deshalb: Investitionsoffensive von Bund, Länder und Kommunen. Aufbau von Personal und Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze: Bis 2030 rund 100.000 Neueinstellungen notwendig.</p> <p>Luftverkehr – notwendige Neuausrichtung: Revision der EU-Richtlinien zum Vergabe- und Wettbewerbsrecht mit dem Ziel, den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur als primäre Aufgabe des Luftverkehrs und seiner Unternehmen zu definieren. Keine weiteren Staatshilfen ohne soziale Bedingungen. Nationales und europäisches Gesamtverkehrskonzept unter Einbezug aller Verkehrsträger. Umwidmung der Luftverkehrssteuer für einen Klimaschutzfonds, Vorgabe sozialer und ökologischer Mindeststandards bei Slotvergaben in der EU. Fairen Marktzugang durch Luftverkehrsabkommen sichern, Sozialpumping verhindern.</p> <p>Maritime Wirtschaft – Maritimer Zukunftsplan für Seemannsausbildung – ge-</p>	<p>tigung aller Interessen, kein Dieselfahrverbot, kein generelles Tempolimit auf Autobahnen, Ladeinfrastruktur: Ausbau beschleunigen.</p> <p>Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten. Flüge, bei denen alternative Kraftstoffe eingesetzt werden von der Luftverkehrssteuer befreien. Verbindungen auf der Schiene zu den Drehkreuzflughäfen bzw. internationalen Flügen ausbauen und das Umsteigen zwischen Flug und Zug für Kunden verbessern.</p> <p>Maritime Wirtschaft und den Werftenstandort Deutschland stärken. Binnenschifffahrt mit einer stärkeren Förderung von alternativen Kraftstoffen wie E-Fuels und Wasserstoff Technologieführerschaft anstreben.</p>	<p>Fahrrad), Umstieg vom Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel fördern, Nationale Leitstelle Mobilität</p> <p>Schieneverkehr als Schwerpunkt: Deutschlandtakt umsetzen, Europatakt aufbauen, Investitionen in attraktivere Bahn, bis 2030 75% des Schienenverkehrs elektrifizieren und wasserstoffbetriebene Züge unterstützen, integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten mit Tariftreuepflicht, Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betriebswechsel und Gewährung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht</p> <p>Deutsche Bahn AG auf Kerngeschäft konzentrieren und auf gemeinwohlorientierte Ziele ausrichten, Schienengüterverkehr ausbauen, ebenso Wasserstraßen und Binnenschifffahrt. Potenziale unserer Wasserstraßen stärker nutzen, um mehr Güterverkehr vom LKW auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern.</p> <p>Antriebe: Automobilindustrie (und Zulieferer) soll Leitindustrie bleiben,</p>	<p>der Bahn rückgängig machen, Güterverkehr auf die Schiene bringen;</p> <p>Ziel ÖPNV: kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen. Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe abschaffen.</p> <p>weniger Autos und Modelle, die einen geringeren ökologischen Fußabdruck haben – Umbau nicht dem Markt und Konzernen überlassen, Antriebswechsel bis 2030, keine Kaufprämien für Autos</p> <p>Stopp für den Neu- und Ausbau von Autobahnen, keine ÖPP und keine Autobahn GmbH, Pendlerpauschale in ein Mobilitätsgeld umwandeln, Tempolimit 120/80/30km/h</p> <p>Luftfahrt: Flugverbot, wenn Strecken in 5 Stunden mit dem Zug erreichbar und nicht weiter als 500 km entfernt sind; Luft-hansa und Bahn in bundeseigene Gesellschaft überführen, einheitliche EU-Kerosinsteuer. Verkehrspolitisch weiterhin notwendige Flughäfen in öffentlicher Regie betreiben. Stilllegung von defizitären Regionalflughäfen. Ausbau weiterer Flug-</p>	<p>Starke Bahnen: 100 Milliarden Euro bis 2035 zusätzlich für Schienennetze und Bahnhöfe (mit Ländern Regionalisierungsmittel zweckgebunden nochmal erhöhen);</p> <p>Schaffung eines Infrastrukturfonds: Speisung aus Einnahmen aus der LKW-Maut: Bahnbranche zu Jobmotor mit sicheren Arbeitsplätzen machen</p> <p>DB AG transparenter und effizienter machen, Ausrichtung auf Kerngeschäft – auf die Eisenbahn in Deutschland und im benachbarten, europäischen Ausland</p> <p>ÖPNV Zukunfts- und Ausbau-offensive starten, Mobilitätsgarantie schafft flächendeckende Anbindungen, Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente wie das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel ausbauen.</p> <p>Fahrgastzahlen bis 2030 verdoppeln, Länder, Kommunen und Ver-</p>	<p>Ausweitung des Europäischen CO2-Emissionshandels auf den gesamten Verkehrssektor Ablehnung von Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote oder Verbot von Verbrennungsmotoren.</p> <p>Aufwuchs der Investitionsmittel für alle Verkehrswege verlässlich fortführen.</p> <p>Häfen, Schifffahrt und so die maritime Wirtschaft aktiv fördern. Entwicklung der Infrastruktur Kernaufgabe des Staates, deshalb Stärkung der See- und Binnenhäfen. Das wollen wir durch gute Wettbewerbsbedingungen in Europa erreichen.</p> <p>Technologieoffene Gesetze und Verordnungen im Fahrzeugbau. Einseitige Subventionen und Vorgaben müssen beendet werden. Dafür werden wir die von der EU festgelegten CO2-Flottengrenzwerte und die aktuellen Subventionen im Fahrzeugbau auf den Prüfstand stellen und eine ganzheitliche Betrachtung der Fahrzeuge vornehmen</p> <p>Innovative Mobilitätsdienste auf digitaler Basis in</p>



					
<p>zielte Nachwuchsförderung; Fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung in Häfen erfordert Agenda zum Schutz der Beschäftigten inkl. Weiterbildungs- und Qualifizierungsoffensive. Überarbeitung des nationalen Hafenkonzepts.</p> <p>Straßenverkehr – Logistik Reduzierung des Straßengütertransportes und die Verlagerung auf die Schiene auf der Mittel- und Langstrecke; Reduzierung des innerstädtischen Verkehrs bei der Zustellung auf der letzten Meile durch innerstädtische Mikro-Depots in City-Lagen; Innovationsplan Logistik 2030 zügig umsetzen und fortentwickeln</p>		<p>Elektrifizierung des Verkehrs massiv voranbringen, 2030: mind. 15 Mio. PKW voll elektrisch, Stromtanken-Infrastruktur ausbauen</p> <p>regionale Transformationscluster mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren aufbauen</p> <p>Tempolimit 130km/h</p> <p>Deutschland bis 2030 Leitmarkt für Wasserstofftechnologien – für die klimaneutrale Erzeugung von Stahl, für CO2-arme PKWs, LKWs und den Schiffs- und Flugverkehr</p>	<p>kapazitäten beenden. Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr unterbinden. Einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets ins Ausland soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden. Die staatliche Milliardensubvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biokraftstoff abschaffen.</p> <p>Längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen für Lkw-Fahrer*innen</p> <p>Maritime Wirtschaft</p> <p>Staatliche Hilfen für die Schifffahrt müssen an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden. Billigflaggen für deutsche Reedereien. Die Konkurrenz der Häfen muss durch eine enge Kooperation abgelöst werden.</p>	<p>bünde dabei unterstützen, attraktive Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine Umlagefinanzierung zu erschließen.</p> <p>Echtzeitinformationen und einheitliches Ticketsystem im ÖPNV</p> <p>Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Dafür werden wir die Kombination von Straße, Schiene und Wasser ertüchtigen.</p> <p>Fahrrad und Fußgänger*innen: Wege mit dem Rad bis 2030 verdoppeln, Bundesförderung verstärken, Kompetenzzentrum Radverkehr; nationale Fußmobilitätsstrategie</p> <p>Mobilpass: Angebote der 120 Verkehrs- und Mobilitätsverbünde verknüpfen, Sozial- und Umweltdumping verhindern, Sozialtarife, Rechtsrahmen Autonomes Fahren</p> <p>Auto: digitaler, leiser, kleiner, leichter, klimaneutral, besser recyclebar; ab 2030 Neu-Zulassung nur noch emissionsfreier Autos (bis dahin mind. 15 Millionen</p>	<p>der Personenbeförderung ermöglichen und dafür faire Wettbewerbsbedingungen für alle Mobilitätsdienstleister schaffen</p> <p>Die besondere Rolle des ÖPNV beständig im Blick. Dafür müssen die Rückkehrpflicht für Mietwagen und der Mindestabstand von 50 Kilometern zwischen zwei Haltestellen für Fernbusse vollständig abgeschafft werden</p> <p>Dt. Bahn, Trennung von Netz und Betrieb; Privatisierung Betrieb.</p>



	 				
				<p>Fahrzeuge), Kaufförderung in Bonus-Malus-System überführen, Dieselsubvention beenden, Dienstwagenbesteuerung umgestalten; Ladeinfrastruktur flächendeckend.</p> <p>Neuer Bundesverkehrswegeplan bis 2030, Neu- und Ausbauprojekte von Straßenprojekten einer neuen Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung unterziehen – Reduzierung dadurch erreichen, an diesen Projekten dürfen während der Überprüfung keine irreversiblen Fakten geschaffen werden, Umschichtung der dadurch zur Verfügung stehenden Mittel zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und den Ausbau von Schienen- und Radwegeinfrastruktur</p> <p>Flugverkehr</p> <p>Kurzstreckenflüge bis 2030 überflüssig machen. Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden. Einführung einer europäischen Kerosinsteuer. Lohndumping durch Billigflüge beenden. Kein</p>	



					
				<p>weiterer Ausbau der Flughafeninfrastruktur.</p> <p>Maritime Wirtschaft</p> <p>Entwicklung eines Seehafenkonzepts durch Bund und Länder, Kooperation der Standorte statt Konkurrenz. Schifffahrt verbindliche Emissionsminderungsziele und Einbeziehung in den EU-Emissionshandel: Klimaneutralität. Marode Wasserstraßen müssen umweltverträglich saniert werden, für Flussvertiefungen soll es ein Moratorium und eine grundsätzliche Überprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Bundesnetzplans geben</p>	



Liebe Kolleg*innen,

wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt. In dem Zusammenhang wurde auch beschlossen: ver.di stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit entgegen, und

- klärt über die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Ziele und Vorstellungen von Organisationen und Parteien wie der AfD auf;
- schließt eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen und Parteien aus;
- stellt rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen oder Parteien keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung;
- lädt keine Funktionär*innen, Mandatsträger*innen solcher Organisationen oder Parteien zu Veranstaltungen von ver.di ein;

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise aktuell unter dem Motto „ver.di wählt“ entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

ver.di-Bundesvorstand

Berlin, im Juni 2021



AfD

Klimapolitik

Das Ziel der Bundesregierung, die **CO₂-Emissionen** faktisch auf null zu senken, lehnt die AfD ab. „Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab.“ Die AfD bezweifelt aber, dass diese nur negative Folgen hat. „Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Die jüngste Erwärmung liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir sie auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen.“ Den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung und Dekarbonisierungsmaßnahmen lehnt die AfD ab. „Das **Pariser Klimaabkommen** vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.“ Die AfD fordert einen öffentlichen, freien Diskurs über die Ursachen von Klimaveränderungen und die verheerenden Folgen einer Dekarbonisierung. Jegliche Form der CO₂-Besteuerung ist abzuschaffen. (S. 172f)

„Wir lehnen den „**Green Deal**“ der EU sowie jegliche weitere Formen von Planwirtschaft ab.“ „Wir wollen das EEG ersatzlos streichen und die Vorranginspeisung beenden. Die sichere Energieversorgung eines Industrielandes erfordert einen breiten Energiemix.“ Die AfD lehnt das neue GEG (**Gebäudeenergiegesetz**) ab, „denn es führt zu weiteren Mietsteigerungen ohne angemessene ökologische Verbesserungen.“ „In Wäldern und Schutzgebieten dürfen keine **Wind- und Solaranlagen** errichtet werden.“ Vorrangflächen für Windenergieanlagen sollen nur bei breiter Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden. Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung muss das 10-fache der Gesamthöhe, mindestens jedoch 2,5 km, betragen. Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung gefallen sind, sollen ohne Subventionen und Einspeisevorrang am Markt teilnehmen. Ein Rückbau von Windenergieanlagen hat vollständig zu erfolgen, inklusive der Betonfundamente. „Die Bevorzugung und Förderung einer **Wasserstoffwirtschaft** lehnen wir ebenso ab wie die einseitige Klima-, Energie, Technik und Digitalisierung“. Gesicherte und günstige Energieversorgung ist eine der Grundvoraussetzungen von Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit. Die AfD setzt sich dafür ein, den Herausforderungen der Gegenwart **technologieoffen** zu begegnen. Förderung der Elektromobilität. Technikoffenheit gilt auch für die Nutzung von Wasserstoff und Elektromobilität. „Beide erfordern ein ökologisch, energetisch und ökonomisch unsinniges paralleles Infrastruktursystem.“ „Für die Sicherstellung der Energieversorgung benötigen wir weitere flexible **Gaskraftwerke**. Dazu ist die Gasversorgung durch die Fertigstellung des Projektes Nord Stream 2 zu sichern.“ Die AfD setzt sich für die Verstromung von **Braun- und Steinkohle** als grundlast- und regelfähige Energiequelle ein. „Die Laufzeit der in Deutschland noch verbliebenen sechs aktiven Kernkraftwerke muss sich nach der technischen Nutzungsdauer und ökonomischen Kriterien richten.“ „Mit **Gorleben** steht ein vollständig erforschtes und uneingeschränkt Energie-, Technik- und Digitalisierung geeignetes Endlager zur Verfügung. Die AfD tritt für die Neueinrichtung von sicheren Kernkraftwerken ein.“ (S. 174ff)

Mobilität

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Die AfD unterstützt und fördert den **motorisierten Individualverkehr** als beliebteste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende Verkehrsführung schützen die Umwelt. Viele **Autobahnen** und **Brücken** in Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instandgesetzt werden. Das geht nur mit effizienten Maßnahmen in der Planung und Ausführung von Baustellen und mit schneller Arbeit der Verwaltung. Das Konzept der „**Rollenden Landstraße**“ und des **Wechselbrückenumschlages** soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz an Verladestellen und multimodalen **Güterverkehrszentren** (Straße, Schiene und Wasserwege) ist zu verdichten. Für den **Schienenpersonenverkehr** muss Deutschland ein besser ausgebautes und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert. Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange vernachlässigten **Schienennetzes** – insbesondere die Beseitigung von Engpässen und die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Beim angestrebten **Deutschlandtakt** muss eine Verkürzung der Reisezeiten auf allen Verbindungen das oberste Ziel sein. (S. 183ff)

Der globale **Flugverkehr** ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden. Deutschlands Flughäfen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken. Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrsteuer und richtet sich gegen unrealistische CO₂-Reduktionsziele der EU. Im Rahmen eines „Luftverkehrskonzepts 2021“ sind Deutschlands Flughäfen als Wirtschaftsfaktor zu stärken. **Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten** Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand, insbesondere der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors. Es ist daher die Aufgabe der Bundesregierung, auf nationaler und europäischer Ebene für eine **technologieoffene Gesetzgebung** zu sorgen. Die heutige einseitige Bevorzugung von **Elektromobilität** ist auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion sofort zu stoppen. Wenn die bestehende, realitätsfremde EU-CO₂-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen. (S. 185ff)